

STEIRISCHE Volksstimme



Ausgabe 4, Juni 2020 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • 8020 GRAZ

www.kpoe-steiermark.at

REGIONALMEDIUM DER STEIRISCHEN KPÖ

POSTWURFSENDUNG
im Sinne des Parteilengesetzes
RM 19A041806 E



Zurück zur Normalität! Am 28. Juni KPÖ wählen



Die Bienen müssen sich zum Glück an
keine Abstandsregeln halten.

Gemeinderatswahl 28. Juni 2020

mit Wahlkarte bis spätestens 24. Juni
www.wahlkartenantrag.at



**Für leistbares Wohnen!
Für niedrigere Gebühren!
Für Dich im Gemeinderat!**



KPÖ

ZITIERT



„Wir stehen gerade am Beginn einer Wirtschaftskrise, wie sie die meisten von uns (also alle unter 90 Jahren) noch nicht erlebt haben.“ Josef Urschitz, Die Presse, 15.4.2020

„Wenn es darauf ankommt, gibt es keine EU“. Landeshauptmann Schützenhöfer im Landtag, 7.4.2020

„Wir werden einander helfen, den Wohlstand umverteilen, streiken. Die Gemeinschaft geht über Mauern hinweg.“ Popstar Britney Spears auf Instagram

„Pressekonferenzen sichern keine Existenzen!“ Martin Grubinger, krone.at, 29.3.2020

„Die USA haben ihre in Deutschland stationierten Atomwaffen modernisiert. Die geheime Operation fand bereits im Herbst 2019 statt.“ Nachdenkseiten, 15.4.2020

„Das Führungspersonal der Europäischen Union steht bei der Krisenarbeit zumindest nicht allzu penetrant im Weg herum. Das ist der beste Dienst, den Brüssel den Europäern erweisen kann.“ Claus Pándi, Kronen Zeitung, 23. 3. 2020

„Der radikal freie Markt hat zu einer erdrückenden Dominanz der Großkonzerne und Agrarindustrien geführt. Wir brauchen neue Ordnungssysteme.“ Agrar-Landesrat Johann Seitinger (ÖVP) in der Kleinen Zeitung, 22.3.2020

„...Das drohende Dröhnen der Manager und Motoren bringt den grünen, für Kultur und Sport zuständigen Vizekanzler dazu, ein Event zu hofieren, das wie kein anderes das überkommene und ihm doch verhasste Zeitalter der fossilen Energieverschwendung symbolisiert. Man kann bei Geisterrennen offenbar auch von allen guten Geistern verlassen werden.“ Konrad Paul Liessmann, Kleine Zeitung, 3.6.2020

AM 28. JUNI 2020 WERDEN DIE GEMEINDERÄTE NEU GEWÄHLT

Es geht um unser Eigenes

Durch den Corona-Lockdown haben nicht nur zehntausende Menschen Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Der monatelange Stillstand wird auch zu einem massiven Einbruch der Gemeindebudgets führen. Geschätzt wird ein Rückgang um 20 Prozent. Da sollte eine Kraft im Gemeinderat sein, die regierungsunabhängig ist und sich um soziale Belange kümmert.

Der Gemeinderat ist das höchste Gremium der Gemeindeverwaltung. Wichtige Angelegenheiten müssten also zuerst im Gemeinderat diskutiert und beschlossen werden.

Die Realität sieht anders aus. Die Mehrheitsparteien bestimmen, die anderen Fraktionen erfahren von wichtigen Vorhaben und Weichenstellungen oft erst aus den Medien.

Das ist weder demokratisch noch konstruktiv. Durch die Alleingänge wird bewusst auf Mitarbeit und Ideen der Gemeindebewohner verzichtet.

Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Einnahmen einer Gemeinde bestehen aus den Gebühren, die von den Gemeindebürgern eingehoben werden, und den Ertragsanteilen. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt diese nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Länder und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Löwenanteil der Gemeindeeinnahmen aus. Der Großteil der Steuereinnahmen des Bundes kommt aus Massensteuern wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer. Das heißt: Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen, die in den Gemeinden erbracht werden, durch ihre Steuerzahlungen selbst. Allerdings werden sich die Einnahmen durch den Corona-Lockdown dramatisch verringern. Der Druck, Gemeindeeigentum an Private zu versilbern, wird wachsen.

Es wird der Gemeinderat gewählt, nicht der Bürgermeister

Bei der Gemeinderatswahl wird nur das Gemeinderatsgremium gewählt. Der Gemeinderat wählt dann den Bürgermeister. Der Bürgermeister lacht zwar oft aus der Zeitung, die meiste Arbeit geschieht allerdings in den ebenfalls vom Gemeinderat gewählten Ausschüssen und bei den Sitzungen des Gemeinderates. Wichtig wäre es, die Kontrollmöglichkeiten zu erhöhen, und nicht immer nur die Bezüge des Bürgermeisters.

Wir ersuchen Sie am 28. Juni um ihre Stimme für die Liste 5 – KPÖ.



Steirische Politgehälter 2020

Bruttoeinkommen monatlich, 14 Mal pro Jahr

Landeshauptmann	€ 17.274
Landeshauptmannstellvertreter	€ 16.365
Mitglied der Landesregierung	€ 15.456
1. Landtagspräsidentin	€ 12.274
Klubobmann, Klubobfrau	€ 11.365
Bürgermeister Graz	€ 14.092

Das verdienen die Bürgermeister in der Steiermark

als Haupteinkommen und als Nebeneinkommen (gerundet, brutto, 14 Mal pro Jahr)

Einwohnerzahl	Gehalt als Haupteinkommen	Gehalt als Nebeneinkommen
3.001 bis 5.000 Einwohner	€ 5.682	€ 4.546
5.001 bis 7.000 Einwohner	€ 6.819	€ 5.455
7.001 bis 10.000 Einwohner	€ 7.387	€ 5.910
10.001 bis 15.000 Einwohner	€ 8.523	€ 6.819
15.001 bis 20.000 Einwohner	€ 9.660	€ 7.728
20.001 bis 30.000 Einwohner	€ 10.796	€ 8.637

entum



Eine Gemeinde ohne Wohnungen ist wie ein Auto ohne Räder

Die Privatisierung von Gemeindewohnungen steht in vielen Gemeinden auf der Tagesordnung. Es ist jedoch ein Irrglaube, dass damit für leistbaren Wohnraum gesorgt wird. Am Beispiel der Judenburg Standortentwicklungs- und Immobilien GmbH, kurz JuSI, kann man erkennen, dass eine Ausgliederung von Gemeindewohnungen nicht zielführend ist.

Die rund 520 Gemeindewohnungen in Judenburg wurden

im August 2011 in eine privatwirtschaftliche Gesellschaft ausgegliedert. Im Jahr 2019 war die JuSI überschuldet, eine Weiterführung der JuSI nicht mehr möglich. Eine neue Lösung zum Erhalt der Gemeindewohnungen musste gefunden werden.

Die Gläubiger, also die Bank, stellen sich gegen eine weitere Finanzierung der JuSI ohne Haftung der Gemeinde. Das ist aber gesetzlich nicht möglich.

Die einzige Lösung für die wirtschaftlichen Probleme der JuSI ist eine Rückführung der Wohnungen in die Gemeinde, allerdings ist unklar, wie diese durchgeführt werden kann.

Eine Privatisierung der Wohnungen muss verhindert werden um das Vermögen der Gemeinde zu sichern und die Preise für Wohnraum auf einem erschwinglichen Niveau zu halten. Durch die Ausgliederung wurde die Sanierung der Wohnungen vernachlässigt. Die KPÖ wird nach der Gemeinderatswahl Druck machen, damit ein umfassendes Sanierungskonzept erstellt und umgesetzt wird.

Rene Windegger, KPÖ-Spitzenkandidat in Judenburg

**Sozial.
Gerecht.
Für euch.**

Im Gemeinderat braucht es eine unbestechliche Stimme für soziale Gerechtigkeit. Ich ersuche Sie deshalb um Ihre Unterstützung am 22. März.

 **Rene Windegger – KPÖ**

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

In der Gemeinde
**Konstruktiv und
unbestechlich**



Viele Steirerinnen und Steirer haben sich in den von der Politik abgewendet. Dazu kommen Politiker, die sich ihre Taschen mit Steuergeld vollstopfen. Kein Wunder, dass viele nicht mehr wählen gehen wollen.

Die steirische KPÖ hat gezeigt, dass es auch anders geht. Überall, wo wir vertreten sind, haben wir uns für die kleinen und großen Anliegen der Menschen eingesetzt. „Freunderlwirtschaft“ und Spesenskandale gibt es bei uns nicht.

Eine starke KPÖ ist gut für die Menschen und die Gemeinde. Als konstruktive und unbestechliche Kraft setzen wir uns vor allem für die Menschen ein, die keine Lobby haben.

Wir treten für ein öffentliches Gesundheitswesen ein. Die letzten Monate haben gezeigt: Um Kapazitäten freizuhalten wurde die medizinische Versorgung abseits von Corona auf ein Minimum reduziert.

Es ist völlig unverständlich, dass die Landesregierung an den Plänen festhält, 800 Betten „einzusparen“ und

mehrere Spitäler zu schließen. Dieses blinde Festhalten an Konzepten aus der Vergangenheit ist nach den aktuellen Erfahrungen noch weniger nachvollziehbar.

Patientinnen und Patienten mit akuten und lebensbedrohenden Erkrankungen müssen zum Teil extrem lange Wartezeiten hinnehmen. Das zeigte der Landesrechnungshof 2018 auf. Von einem Überangebot an Betten kann keine Rede sein.

Es ist sehr wichtig, dass in der Gemeinde Menschen vertreten sind, die sich für die Dinge einsetzen, die wirklich wichtig sind: Für Gesundheit, die Rechte der arbeitenden Menschen, Pensionen, Bildung und den Schutz der Umwelt. Dabei darf es keine faulen Kompromisse geben. Die KPÖ steht für die Einbeziehung der Bevölkerung und für ein funktionierendes, soziales Zusammenleben in der Gemeinde.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877-5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at



KLEIN, aber MIT BISS

Wir sollen jetzt alle eine Maske tragen. Einen Maulkorb lassen wir uns aber nicht umhängen.

Krise: Auf keinen Menschen vergessen

Hilfe nicht auf Unternehmen beschränken!

Die Auswirkungen des Ausnahmezustands haben die Gesellschaft fest im Griff. Gemeinden, Land und Bund versprechen finanzielle Hilfspakete als ob es kein Zurückzahlen gäbe. Wie alle Krisen trifft die Corona-Krise die Schwächsten am stärksten. Finanzielle Notlagen verschärfen sich durch Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit.

Hilfspakete gehen an der Realität vorbei

Bedarf an Nachbesserungen gibt es beim Härtefallfonds. Für viele kleine Unternehmen, die über keine große Infrastruktur verfügen, ist die Abwicklung zu kompliziert und langwierig. Firmen, die erst vor kurzem gegründet wurden, fallen aus der Regelung. Die Untergrenze für Einkünfte ist zu hoch angesetzt, um denen, die jetzt ihr Einkommen verlieren, das Überleben zu sichern.

Bei der betroffenen Gruppe geht es um eine angekündigte Unterstützung in der Höhe von 500 bzw. 1.000 Euro im ersten Monat, maximal können 6.000 Euro ausbezahlt werden.

„Es geht um Menschen, deren Existenzgrundlage über Nacht weggefallen ist. Beschäftigte, die jetzt arbeitslos sind, Ein-Personen-Unternehmen, Kleinbetriebe, aber auch viele Künstlerinnen und Künstler, die nicht mehr auftreten können. Nicht alle haben ein soziales Netz und brauchen unbürokratische Hilfe, die man auch ohne Buchhaltungsfirma beantragen kann. Es ist wichtig, dass die Hilfe alle erreicht, die sie dringend brauchen!“, so KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Darum braucht es rasche Maßnahmen gegen die zunehmenden sozialen Probleme.

„Gerade jetzt darf auf keinen Menschen vergessen werden“, sagt der Grazer KPÖ-Stadtrat Robert Krotzer. Gemeinsam mit KPÖ-Stadträtin Elke Kahr hat er eine Reihe an Maßnahmen vorgeschlagen, vor allem ein Sonderbudget für unbürokratische Hilfen beim Sozialamt. Damit sollte um umgehend und unbürokratisch geholfen werden. Vielen fehlt das Geld, um die Wertkarten für ihre Prepaid-Stromzähler aufzuladen. Studierende, die ihre Jobs verloren haben, bekommen derzeit 0 Euro – außer sie hören auf zu studieren. Einen Anspruch

auf Mindestsicherung haben sie nämlich nicht. Auch die geplanten Erhöhungen bei Strom, Fernwärme, Wasser, Müll und beim öffentlichen Verkehr sollten dieses Jahr ausgesetzt werden.

Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Landtagsabgeordnete, kennt die vielen Sorgen, die gerade Mieter in diesen Tagen haben: „Auch wenn viele Menschen nun plötzlich weniger Geld haben, muss die Miete bezahlt werden.“ Darum fordert die KPÖ im Bereich Wohnen die automatische Weitergewährung der Wohnunterstützung bis September, wie in Wien.

Bundesweit wurde beschlossen, dass es keine Abschaltungen

von Strom, Wasser und Wärme gibt. Dabei wurde aber auf jene vergessen, die einen Prepaid-Zähler haben und deshalb im Dunklen sitzen. Außerdem ist ein Verbot von Delogierungen bei Zahlungsunfähigkeit aufgrund der Corona-Maßnahmen nötig.

Ein besonderes Problem ist, dass derzeit viele keine Familienbeihilfe erhalten, da die Bearbeitung beim Finanzamt zuletzt bis zu fünf Monate gedauert hat. An den Bescheid gekoppelt ist der Familienbonus. „Damit die Familien das ihnen zustehende Geld rasch erhalten, braucht es eine personelle Aufstockung zur raschen Abarbeitung der Fälle“, fordert Elke Kahr.



BRAUCHT GERECHTIGKEIT!

Ohne uns geht nichts: Den arbeitenden Menschen wurde das Leben in der Corona Krise besonders schwer gemacht. Ein bloßes „Danke“ für die geleistete Arbeit ist zuwenig.

Zusatzpausen für Beschäftigte mit Maske

Beschäftigte, die bei der Arbeit eine Maske tragen müssen, klagen oft über die Belastung, die dadurch entsteht. Die KPÖ fordert zusätzliche Erholungspausen für die Betroffenen. Maskenträger

berichten von Atemnot und Kopfschmerzen. Bei körperlich anstrengenden Arbeiten ist das ganztägige Tragen einer Maske eine Qual. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Wer im Beruf

zum Tragen einer Maske verpflichtet ist, sollte zusätzliche bezahlte Arbeitspausen zugestanden bekommen. Es wäre sinnvoll, für solche Fälle mehr Erholungszeiten vorzusehen.“

Arbeitslosengeld und Notstandshilfe erhöhen!



Die Arbeitslosigkeit ist derzeit auf Rekordhöhe. Ende April waren über 570.000 Menschen arbeitslos. 1,1 Millionen befinden sich in Kurzarbeit. Viele von ihnen könnten bald arbeitslos werden. Wir müssen alles tun, damit aus der Coronakrise nicht Hunderttausende Existenzkrisen werden. Denn das Arbeitslosengeld liegt in Österreich bei nur 55 Prozent des Nettoeinkommens, die Notstandshilfe bei 50%. Für viele Menschen bedeutet Arbeitslosigkeit daher den Absturz in bittere Armut. Das müssen wir verhindern!

Ein höheres Arbeitslosengeld schützt vor der weiteren Verbreitung des Niedriglohnsektors und stärkt die Position der Arbeiter. Kein Wunder, dass die türkisgrüne Regierung gerade dieser Maßnahme zur Bekämpfung der Krisenfolgen nicht zugestimmt hat. Die Hebung des Arbeitslosengelds hilft, die Kaufkraft zu stabilisieren.

Wir fordern den Nationalrat auf, das Arbeitslosengeld auf eine Nettoersatzrate von 70 Prozent zu erhöhen und auch die Notstandshilfe anzuheben.

Gebührenbremse und Wohnbau

Die Gebühren für Kanal, Müll und Wasser bestimmt der Gemeinderat. Es darf nicht sein, dass die Preise für diese grundlegenden Dinge automatisch steigen. Es wäre durchaus möglich, die Gebührenerhöhungen auszusetzen. Eine Gebührenbremse würde die Bürgerinnen und Bürger entlasten.



GEMEINDERATSWAHL

KPÖ-LABg. Werner Murgg



Helfen statt abkassieren!

Wer die Pressekonferenz der Landes-SPÖ zum Auftakt der Gemeinderatswahl verfolgt hat und sich inhaltliche Eckpunkte erwartet hat, ist so schlau wie zuvor. Eine Stunde lang nur über Formales zu reden – wer jüngster Kandidat ist, wie viele Frauen kandidieren, wie stark man da und dort werden will etc. – und dabei keine einzige substantielle Aussage zu tätigen ist auch schon bemerkenswert.

Dabei unterscheidet sich die Sozialdemokratie kaum von der ÖVP. Das liegt daran, dass die Mainstream-Politik heute austauschbar geworden ist. Grundkonstante dieser Politik ist neoliberale Deregulierung, weitere Umverteilung von unten nach oben und das Umsetzen von EU-Vorgaben. Nachgebetet wird, was Unternehmensberater und sogenannte „Experten“ vorgeben. Das gilt von der großen Politik bis in die Gemeindestuben. Kritik an diesem Kurs wird immer seltener. Auch damit hat die steigende Politikverdrossenheit zu tun. Immer mehr Menschen, die keine Lobby hinter sich haben, fühlen sich im Stich gelassen.

Dabei haben steigende Mieten, zunehmende „Wild-West-Methoden“ in der Arbeitswelt, stagnierende Löhne und Gehälter vor allem bei den unteren Einkommen oder ein Gesundheitssystem, das immer mehr vom Geldbeutel abhängig ist, genau mit dieser Mainstream-Politik zu tun.

Das thematisiert die steirische KPÖ in den Gemeinden und im Landtag. Darauf bauen wir unsere Forderungen auf: Erhalt der Spitalsstandorte, einen Gebührenstopp bei den Betriebskosten und eine Regulierung der Mieten damit auch Familien mit kleinen Einkommen sich das Wohnen wieder leisten können.

Besonders wichtig ist für unsere Mandatarinnen und Mandatare, dass sie die sprichwörtliche Bodenhaftung behalten. Deswegen gibt es bei der KPÖ eine Gehaltsobergrenze von 2.300 Euro. Wer aus einem Politeinkommen mehr verdient, liefert es an unseren Sozialfonds ab.

„Helfen statt abkassieren“ lautet das Motto!

Werner Murgg

KPÖ-Landtagsabgeordneter
Tel. 03842 / 22670

KEINE PRIVATISIERUNG!

Die KPÖ ist strikt gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum. Die Daseinsvorsorge darf nicht zum Spielball von Profitinteressen werden. In Wirklichkeit steht ja schon die Privatisierung des Wassers im Raum. Konzerne wie Nestlé wittern hier ein Riesengeschäft. Die Bevölkerung muss aufwachen und gegen die Privatisierer Stellung beziehen.

Steuerprivilegien für Internet-Riesen beseitigen!

Werner Murgg (KPÖ): „Heimischer Handel darf nicht benachteiligt werden“

Der Lockdown im Handel ist beendet, der Schaden ist oft andauernd. Viele Kunden sind auf internationale Internetriesen ausgewichen sind, um online Einkäufe zu tätigen. Die KPÖ fordert, diesen Konzernen endlich ihre steuerlichen Privilegien gegenüber dem heimischen Handel zu entziehen.

Der Handelskonzern Amazon hat zuletzt Steuern „im Promille-

Bereich“ (Die Presse) bezahlt. Abgaben, die dazu dienen sollten, Steuergerechtigkeit herzustellen, wurden umgehend auf Zulieferer abgewälzt. EU-weite Vorstöße haben sich als illusorisch erwiesen. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass Österreich zum Schutz der Versorgung der Bevölkerung und der Handelsangestellten endlich Maßnahmen setzt, um die von Steuerparadiesen aus agierenden Konzerne mit heimischen Unternehmen gleichzustellen.

Ähnliches gilt auch für internationale Anbieter von Inter-

netdiensten, die riesige Umsätze machen, aber in Österreich kaum Abgaben leisten.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: *„Die Einschränkungen des wirtschaftlichen Lebens haben zu einer einseitigen Bevorzugung von Firmen geführt, die ohne Geschäftslokale auskommen und ihren Sitz in Steuerparadiesen wie Luxemburg oder Irland haben. Die gewaltigen Kosten der Corona-Krise sollten zu einem Umdenken führen. Ziel muss es sein, die Steuertricks der Internet-Handelsriesen zu beseitigen.“*



KPÖ-Landtagsabgeordneter und Stadtrat in Leoben: Werner Murgg

Für Kinderbetreuung ohne soziale Hürden!

Ankündigungen der Landesregierung haben sich in Luft aufgelöst

Anders als in Kindergärten gibt es bei der Betreuung von Kindern bis drei Jahren keine soziale Staffelung der Tarife. Dadurch besteht für Eltern mit geringem Einkommen eine große finanzielle Hürde. Entgegen bisheriger Ankündigungen hält die steirische Landesregierung an den bisherigen Tarifen ohne Sozialstaffel fest, kritisiert die KPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler hat sich immer wieder für die Einführung einer Sozialstaffel für die Betreuung von Kindern bis drei, etwa in Kinderkrippen, eingesetzt. Auch der Leobener KPÖ-LAbg. Werner Murgg kämpft in seiner Stadt für eine Staffelung der Tarife. Dabei wurde von Seiten von ÖVP und SPÖ immer wieder darauf

verwiesen, dass die Sozialstaffel im Arbeitsprogramm der Landesregierung geplant ist. LH Schützenhöfer und die zuständige Landesrätin Bogner-Strauß haben wiederholt Zusagen gemacht, die soziale Staffelung der Tarife einzuführen.

Seit kurzem liegt eine Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag der KPÖ auf Einführung einer Sozialstaffel in allen steirischen Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen vor. Darin wird dem Anliegen eine Absage erteilt. Landesrätin Bogner-Strauß verweist darauf, dass

Familien, die weniger als 800 Euro (!) im Monat verdienen, monatlich bis zu 66 Euro Unterstützung bekommen können.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: *„Es ist enttäuschend, dass eine Zusage der Landesregierung nicht das Papier wert ist, auf dem sie geschrieben steht. So können sich nur Eltern mit höheren Einkommen eine hochwertige Kinderbetreuung leisten, Entscheidungsfreiheit gibt es keine. Wenn dem Land alle Kinder gleich viel wert sind, müssen auch alle den gleichen Zugang zu Betreuungsangeboten haben.“*



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler und die Elementarpädagogin Mina Naghibi.

Schulschließungen: Probleme für viele Familien

Mitte Mai begann für die Schülerinnen und Schüler wieder der Unterricht. Die meisten Klassen wurden aber in zwei Gruppen geteilt, die abwechselnd unterrichtet werden. Das stellte Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern vor große Probleme.

Trotz einer Empfehlung des Bildungsministeriums gehen

die Schulen unterschiedlich vor. Während die einen wochenweise wechseln, unterrichten andere Schulen tageweise andere Gruppen. So muss bei Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern oft jeden Tag ein Kind zuhause beaufsichtigt werden. Die Ausübung des Berufs ist unter diesen Umständen oft nicht möglich.



Welche Lehren ziehen wir aus der Corona-Krise? Pläne der Regierung sind überholt

Zitate

Spitalslandesrätin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP), im April 2020 im Interview mit der Tageszeitung Die Presse: „Wir sind in einer Ausnahmesituation und können uns glücklich schätzen, so viele Betten zu haben. [...] Trotzdem muss man in Zukunft das Thema Betten diskutieren.“

FPÖ-Chef Norbert Hofer zu „Pflege Professionell“: **Zur Sicherung der Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens „gehört beispielsweise der Abbau von Akutbetten. Österreich leistet sich fast doppelt so viele Betten wie der EU-Schnitt.“**

„Über- und Fehlversorgung beheben – Die Grünen fordern eine sachlich fundierte Reduktion von Spitalsbetten.“ – Webseite der Grünen Ärztinnen und Ärzte.

NEOS-Gesundheitssprecher Gerald Loacker **kritisierte in einer OTS-Aussendung, dass „durch überzählige Spitalsbetten finanzielle Mittel verschwendet werden.“ – „In den Krankenhäusern wird Geld von Steuerzahlern in Milliardenhöhe vernichtet.“**

2010 sagte der FPÖ-Politiker Georg Mayer, **seit 2014 im EU-Parlament, dass für ihn „auch die Spitalsstandorte der KAGes kein Tabu [seien], ohne Spitalsschließungen werde es letztendlich nicht gehen.“**

Günther Dörflinger, Aufsichtsratschef der KAGes und früherer SPÖ-Landesrat, zu den steirischen Spitalern: **„Wir müssen den Reformprozess weiter-treiben. Stehen zu bleiben wäre fatal.“** Kleine Zeitung, 14.5.2020

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig eine dezentrale, dichte medizinische Versorgung ist. Staaten, die über mehr Spitalsbetten verfügen, kommen wesentlich besser mit der Pandemie zurecht und können die Maßnahmen schneller lockern als jene, die ihr Gesundheitssystem verkleinert und privatisiert haben.

Die KPÖ ist der Meinung, dass die Pläne der Landesregierung zum weiteren Abbau von Spitalsbetten gestoppt werden müssen. Länder, die über eine größere Anzahl von Spitalsbetten verfügen, werden von bestimmten Interessensgruppen gerne als rückständig und verschwenderisch kritisiert. Landesrätin Bogner-Strauß hat am 14. April in einem Interview mit der Tageszeitung Die Presse bekräftigt, der Abbau von Spitalsbetten sei weiterhin zu „diskutieren“.

Gesundheitsexpertinnen und -experten haben im Verlauf der Covid-19-Krise immer wieder erleichtert darauf hingewiesen, dass Österreich im OECD-Schnitt vergleichsweise gut dastehe, wenn es um Akut- und Intensivbetten in Krankenhäusern geht. Bei den Akutbetten liegt Österreich bei den verfügbaren Betten auf

Platz fünf der untersuchten Länder, bei den Intensivbetten mit 28,9 Intensivbetten pro 100.000 Menschen auf Platz zwei hinter Deutschland (33,3). Schlusslicht ist unter anderen Italien mit nur 8,6 Intensivbetten.

Steiermark: Bessere Versorgung mit 800 Betten weniger?

Der „Regionale Strukturplan Gesundheit Steiermark 2025“ sieht die Reduktion von 800 Spitalsbetten in den steirischen Spitalern bis zum Jahr 2025 vor. Im Bezirk Liezen sollen durch die Schließung der bestehenden Krankenhausstandorte in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming zulasten des Spitalneubaus in Stainach-Pürgg mehr als 100 Betten eingespart werden.

In einer Studie der OECD heißt es: „Die Erfahrungen in China und Italien haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine ausreichende Kapazität der Krankenhausbetten sicherzustellen.“ Die oft kritisierte „Spitalslastigkeit“ hat in SARS-CoV-2-Epidemiezeiten ihr Gutes: „Was in anderen Zeiten für Kritik gesorgt hat, ist während der Covid-19-Epidemie heilsam und sichert das Vertrauen der Bevölkerung in die Gesundheitsversorgung“, sagte Maria Hofmarcher-Holzhaacker von der Austrian Health Academy.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Auch bei uns wurden viele Spitalsbetten, auch Intensivbetten, abgebaut. Spitalsabteilungen und ganze Spitäler wurden geschlossen. Die Landesregierung hat uns das immer als Fortschritt verkauft. In den letzten Wochen wurde die medizinische Versorgung zugunsten der Behandlung von Corona-Infektionen stark eingeschränkt. Deshalb ist es wichtig, die richtigen Lehren aus den aktuellen Erfahrungen zu ziehen und nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen. Das Festhalten an von der Wirklichkeit überholten Plänen um jeden Preis kann jetzt kein Thema mehr sein!“

Die KPÖ hat einen Antrag in den Landtag eingebracht, in dem gefordert wird, den Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) 2025 in der aktuellen Form zu überarbeiten und die geplanten Bettenreduktionen, Schließungen von Stationen und Spitalern zurückzunehmen. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Die Zentralisierung der Gesundheitsversorgung war schon vor Corona untauglich. Jetzt ist noch deutlicher geworden, wie wichtig eine flächendeckende und ausreichende Ausstattung mit Spitalsbetten ist. Der RSG 2025 darf nicht wie bisher geplant umgesetzt werden, das wäre aufgrund der aktuellen Erfahrungen fahrlässig.“



Für den Ausstieg aus gewinnorientierter Pflege!

Bedürfnisse der älteren Menschen und der Pflegekräfte in den Vordergrund stellen, nicht Profite von Investoren!

Gewinnorientierte Pflegeheime machen die Pflege teuer. In keinem anderen Bundesland gibt es so viele private stationäre Einrichtungen wie in der Steiermark. In keinem anderen Bundesland hat es in Pflegeheimen so viele Todesfälle durch Covid-19 gegeben. Die KPÖ hält an ihrer Forderung fest, endlich aus der profitorientierten Pflege auszusteigen.

Die gewinnorientierten Pflegeheime in der Steiermark sind für die enormen Kostensteigerungen in der Pflege verantwortlich. Das hat der Landesrechnungshof festgehalten. Das Finanzierungsmodell des Landes macht die Pflege zu einer lukrativen Einnahmequelle für private Betreiber und Investoren. Ihre Gewinne werden von der Allgemeinheit bezahlt.

Pflegeheime als „Investment“

Zahlreiche private Betreiber

haben zur Erzielung zusätzlicher Gewinne ihre Immobilien nach der Refinanzierung der Baukosten durch das Land Steiermark an ausländische Fonds oder Finanzgesellschaften weiterverkauft. Nach dem Verkauf werden die Objekte von den neuen Besitzern zurückgemietet, während die Tagsätze, die das Land Steiermark für die Bewohner bezahlt, unverändert weiter fließen.

Dass in einem solchen System die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen nicht immer an erster Stelle stehen, zeigt auch die auffallend hohe Zahl an Covid-19-Todesfällen in steirischen Heimen. Steirische Medien berichteten in diesem Zusammenhang über Ermittlungen gegen Heimbetreiber.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: *„Profitstreben hat in einem sensiblen Bereich wie der Pflege betagter Menschen nichts zu suchen! Dieses System ist das Grundübel im Pflegewesen. Die Pflege in der Steiermark muss neu organisiert werden. Dabei müssen die Bedürf-*



© Gina Sanders Fotolia

nisse der älteren Menschen und der Pflegekräfte im Vordergrund stehen, nicht die Profite gewinnorientierter Heimbetreiber und Investoren.“

Grazer Modell als Vorbild für Steiermark

In Graz hat die KPÖ mit Pflegestadtrat Robert Krotzer eine Regelung durchgesetzt, die es mehr Menschen ermöglicht, zuhause Pflege in Anspruch zu nehmen, ohne die gesamte Pension dafür aufwenden zu müssen. Die KPÖ möchte dieses Grazer Modell auf die gesamte

Steiermark ausweiten. Das wäre gut für die Menschen, die Pflege benötigen, aber auch günstiger als die Subventionierung gewinnorientierter Pflegeheime. Die KPÖ möchte, dass in Zukunft nur noch öffentliche und gemeinnützige Anbieter stationäre Pflegeleistungen erbringen dürfen. In der mobilen Pflege ist dies der Fall. Bestehende Verträge mit gewinnorientierten Pflegeheimen nach dem derzeitigen Normkostenmodell sollten so schnell wie möglich gekündigt werden, damit endlich der Ausstieg aus dem gewinnorientierten System beginnen kann.

Gebührenstopp statt Teuerungsautomatik



In vielen Gemeinden werden die Gebühren alljährlich automatisch um die Inflationsrate erhöht. Diese Teuerungsautomatik sollte in der Krise abgeschafft werden um zumindest in diesem Bereich die Wohnkosten zu senken.

Gerechtigkeit für die ar

Eine Million Menschen arbeiten in Österreich in sogenannten „systemkritischen Berufen“. Es sind dies jene, die in der Corona Krise dafür gesorgt haben, dass die Versorgung aufrechterhalten werden konnte.

Wie eine Studie der Arbeiterkammer zeigt, sind die Arbeitsbedingungen dabei alles andere als zufriedenstellend. Atypische Beschäftigung,

geringe Einkommen und eine mangelnde soziale Absicherung sind leider die Norm in vielen Berufen, etwa im Einzelhandel, in der Reinigung, der Pflege und der medizinischen Assistenz. Dabei liegt der Frauenanteil in diesen Bereichen bei über 80 %. Im Schnitt über alle systemkritischen Berufe sind es immer noch zwei Drittel.

Teilzeitanstellungen führen zu niedrigen Einkommen, auch die Lage der Arbeitszeit bereitet Probleme. Wochenend- und

Sozialwesen: Enttäuschender Lohnabschluss

Applaus alleine wird nicht reichen, um Menschen für die lebenswichtigen Berufe im Sozialwesen zu gewinnen.

Durch Corona wurde die Auseinandersetzung um den Abschluss des Kollektivvertrags in der Sozialwirtschaft überdeckt. Es wurde eine Einigung erzielt, mit der die Beschäftigten nicht zufrieden sein können. Das zeigen auch die Reaktionen der Betroffenen. Die KPÖ und der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) betonen, dass die 35-Stunden-Woche **und** höhere Löhne das Ziel sind.

In den Gesundheits-, Pflege- und Sozialberufen wird der Druck am Arbeitsplatz immer größer. Personalknappheit ist längst die Regel. Weil die Arbeitsbedingungen belastend und die Einkommen zu gering sind, gibt es in Österreich 30.000 Pflegefachkräfte, die es vorziehen, nicht in diesem Bereich zu arbeiten, obwohl dringend Personal gesucht wird.

Pflegeberufe attraktiver machen

Es ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, dass die Arbeitsbedingungen verbessert

werden. Die Einführung einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wäre eine gute Voraussetzung, die Berufe attraktiver zu machen. Umso enttäuschender ist die getroffene Vereinbarung: 2020 soll es 2,7 Prozent Erhöhung beim Gehalt geben, 2021 nur noch eine Inflationsabgeltung plus 0,6 Prozent. Erst ab 2022 wird die Arbeitszeit bei Vollzeit auf 37 Stunden reduziert.

Für die Beschäftigten bedeutet das: Zwei Jahre lang auf eine spürbare Gehaltserhöhung

verzichten, kürzere Arbeitszeit erst ab 2022. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Die Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen haben in den Tagen der Krise sehr viel Anerkennung und Applaus bekommen. Ohne sie würde das Gesundheits- und Sozialsystem zusammenbrechen. Aber vom Applaus alleine können die Beschäftigten keine Miete zahlen und die Arbeitsbedingungen werden auch nicht einfacher. Es ist wichtig, Menschen für diese lebenswichtigen Berufe zu gewinnen.“



Einsatz für Arbeitszeitverkürzung im Pflegebereich.

Kommentar von GLB-KPÖ-
Arbeiterkammerrat
Georg Erkingner



Auf die Durchsetzung kommt es an!

Millionen an Prämienzahlungen, Danke-Bonus, Corona-Bonus, so oder so ähnlich lauteten vor einigen Wochen die Schlagzeilen. Die großen Supermarktketten ließen sich für ihre vermeintliche Großzügigkeit in den Medien feiern. Schaut man genauer hin, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Es macht nämlich einen gewaltigen Unterschied, ob ein Unternehmen einem einzelnen Manager ein Millionengehalt zahlt, oder ob ein paar Millionen auf zehntausende Beschäftigte aufgeteilt werden. Da bleibt dann für den Einzelnen nicht viel übrig. Und so verwundert es kaum, wenn sich die großzügig ausgelobte Prämie als einmaliger 75-Euro-Einkaufsgutschein für das eigene Unternehmen entpuppt. Ein Ersatz für Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und bessere Arbeitsbedingungen können diese Einmalzahlungen ohnehin nicht sein. Und deswegen ist es wichtig, dass sich die AK in dieser Situation für Verbesserungen – für jene die die Hauptlast in der Krise getragen haben – einsetzt. Die Einschätzung der Bundesarbeiterkammerpräsidentin, dass die Gewerkschaft bei den Löhnen und Gehältern auf einem sehr guten Weg sei, teile ich aber nicht. Noch sind nicht einmal die 1500 Euro brutto Mindestlohn umgesetzt, die 2017 vereinbart wurden. Ohne ernsthafte Kampfmaßnahmen wird es zu keinen wesentlichen Verbesserungen kommen. Das hat uns der KV-Abschluss im Sozialbereich gerade wieder vor Augen geführt. Nur Forderungen zu erheben ist zu wenig, auf die Durchsetzung kommt es an.

beitenden Menschen

Nacharbeit bringen drastische Einschränkungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Und auch die geforderte Flexibilität, das Arbeiten auf Abruf hinterlässt seine Spuren.

Eine hohe Verantwortung und große Belastungen führen etwa in der Pflege dazu, dass sich 62 % der über 45-jährigen Beschäftigten nicht vorstellen können, bis zur Pension in ihrem Beruf zu arbeiten. Im Zuge der Corona-Krise hat sich nun gezeigt, dass gerade jene Menschen, die schon bisher ein

geringes Einkommen und eine höhere Belastung hatten, diejenigen waren, die das System am Laufen hielten. Gleichzeitig sind sie aber auch jene, die von diesem System selbst am wenigsten profitieren.

Bundesarbeiterkammerpräsidentin Anderl stellte bei der Vorstellung der Studienergebnisse fest, dass ein kurzes Danke und Klatschen nicht reicht. Es braucht ihrer Meinung nach ganz konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation. Kürzere und planbare Arbeitszeit-



ten, ein Mehrarbeitszuschlag von 50%, weg mit den Durchrechnungszeiträumen, mehr Personal und keine Kürzungen im Gesundheitssystem sind dabei die Forderungen der Arbeiterkammer.

Gemeinderatswahl 28. Juni 2020

Weil wir gemeinsam etwas ändern können

Wichtiger denn je: KPÖ in den Gemeinderat!

Die Corona-Pandemie hat unser Leben über Nacht drastisch verändert. Nicht zuletzt, weil die weltweite Gesundheitskrise einhergeht mit Massenarbeitslosigkeit und sozialen Notlagen. Gerade in Krisenzeiten braucht es kritisches und wachsames Denken!

Die Gemeinderatswahlen in der Steiermark werden nun am 28. Juni fortgesetzt, bereits abgegebene Stimmen vom vorgezogenen Wahltag Anfang März behalten ihre Gültigkeit. Die KPÖ steht in 37 Gemeinden auf dem Stimmzettel und ist somit für rund 250.000 Steirerinnen und Steirer wählbar.

Wofür steht die KPÖ?

Leistbares Wohnen, Löhne von denen man gut leben kann, günstige und gut funktionierende öffentliche Verkehrsmittel, qualita-



tiv hochwertige Kinderbetreuung, Sozialleistungen für alle, die sie brauchen, Klima- und Tierschutz sind für uns wichtige Themen, die auch immer wieder auf Gemeindeebene eine Rolle spielen. Und natürlich gibt es in jeder Gemeinde „hausgemachte“ Probleme, mit denen wir uns auseinandersetzen.

In der Gemeindepolitik der KPÖ geht es vor allem darum, Probleme, die die Menschen an uns herantragen und Probleme des alltäglichen Lebens aufzugreifen und in den Gemeinderat zu tragen. So können oft Lösungen gefunden werden.

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen: **Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir!**



So geht die KPÖ in die Gemeinderatswahlen

Am 28. Juni 2020 finden in der Steiermark Gemeinderatswahlen statt. Ausgenommen ist nur die Landeshauptstadt Graz, wo die KPÖ zweitstärkste Kraft ist. Die KPÖ ist in 37 Gemeinden wählbar. Wir stellen die Kandidatinnen und Kandidaten in den jeweiligen Orten vor,

**SOZIAL.
GERECHT.
FÜR EUCH.**

Die KPÖ kümmert sich in den Gemeinderäten um die großen und kleinen Probleme des täglichen Lebens. Sie tritt für erschwingliche Gebühren für kommunale Dienstleistungen ein und lehnt die Privatisierung von Gemeindeeigentum ab.

Schwerpunkte der KPÖ sind die Kontrolle in der Gemeindepolitik und die Information der Bevölkerung.

Bezirk Bruck-Mürzzuschlag

Im **Bezirk Bruck-Mürzzuschlag** kandidiert die KPÖ in sechs Gemeinden. Derzeit hält die KPÖ sieben Mandate in vier Städten.

In **Bruck an der Mur** möchte Gemeinderat Jürgen Klösch ein zweites Mandat gewinnen, das 2015 sehr knapp verpasst wurde. Klösch möchte vor allem die Vergabe der Gemeindewohnungen transparenter gestalten und fordert eine Volksbefragung beim Projekt Schulcampus.



Konsequent. Kritisch. Klösch.

In **Kapfenberg** kämpft Spitzenkandidat und KPÖ-Gemeinderat **Clemens Perteneder** darum, weiter mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten zu sein. Die KPÖ ist bekannt für ihre kostenlose Mieter- und Sozialberatung.

In **Kindberg** steht zum ersten Mal **Mario Zver** an der Spitze, er verteidigt das 2015 gewonnene Mandat und setzt sich im Gemeinderat besonders für sozial verträgliche Gebühren ein.

In **Mürzzuschlag**, wo KPÖ-Gemeinderat **Franz Rosenblattl** seit Jahrzehnten gute Arbeit leistet, hofft die KPÖ ihre drei Mandate zu halten. Mit dem Wohnressort konnte die KPÖ dort vieles erreichen.

KPÖ-Kandidaten in Kindberg: Gemeinderat Mario Zver (mitte), Karl Dirnbacher (links), Sebastian Lehr (rechts).

Kindberg



Thomas Geßlbauer (parteilos)

Franz Rosenblattl

Christiana Schwalm (parteilos)



**HELFEN
STATT
REDEN**



Das soziale
Gewissen Kapfenbergs



CLEMENS
PERTENEDER



In **St. Barbara im Mürztal** stellt sich **Rudolf Muri** der Wahl und hofft auf ein gutes Ergebnis in der 2015 zwangsfusionierten Gemeinden **Mitterdorf, Veitsch und Wartberg..**



**KONSEQUENT.
AUTHENTISCH.
HILDE HUBER**

In **Tragöß-St. Katharein**, wo es bisher keine KPÖ-Kandidatur gab, stellt sich **Hilde Huber** der Wahl.

Bitte Hingehen und wählen:
Gemeinderatswahl 28. Juni
www.wahlkartenantrag.at



Bezirk Liezen

Im **Bezirk Liezen** kandidiert die KPÖ erstmals seit langem in zwei Gemeinden. In **Rottenmann** gibt es eine neue Kandidatur für die KPÖ. Das Team um **Johann Ploder** kämpft nicht nur gegen die Schließung des Spitals, sondern für den erstmaligen Einzug in den Gemeinderat.



Johann Ploder, Kandidat der KPÖ in Rottenmann zur Erhaltung des LKH in der Stadt: „Wir müssen weiter an einem Strang ziehen. Dazu gehört auch, dafür zu sorgen, dass die KPÖ auch bei uns in der Gemeinde eine starke Stimme wird.“



In der traditionellen Bergstadt **Trieben** geht Gemeinderat Michael Jansenberger mit einem starken Team ins Rennen.

Bezirk Leoben

Der **Bezirk Leoben** ist eine Hochburg der KPÖ. In fünf Gemeinden hält die KPÖ 14 Mandate, ist in **Trofaiach** und **Eisenerz** zweitstärkste Partei, wo sie jeweils die Vizebürgermeisterin stellt, und stellt zusätzlich in Leoben einen Stadtrat.

In **Eisenerz** gelang 2015 mit dem inzwischen verstorbenen Spitzenkandidaten Karl Fluch ein Rekordergebnis. **Vizebürgermeisterin Anna Skender** möchte die gute Arbeit für die Bevölkerung fortsetzen.

In **Leoben** hält die KPÖ drei Mandate. Das Stadtratsmandat von **Werner Murgg** war nur knapp abgesichert. Wahlziel ist es, diese Position zu verteidigen.

In **Niklasdorf** war die KPÖ bisher nicht im Gemeinderat vertreten. Das möchte der Arbeiter **Ismail Koc** diesmal ändern.

In **St. Michael in der Obersteiermark** gibt es mit **Hüseyin Kay**



einen neuen Kandidaten, der das KPÖ-Mandat verteidigen möchte.

Arbeiterbetriebsrat **Uwe Süß** ist Gemeinderat in **St. Stefan ob Leoben** und möchte sich weiterhin für die Bevölkerung einsetzen.

In **Trofaiach**, wo die KPÖ zweitstärkste Fraktion ist, möchte Spitzenkandidatin Vizebürgermeisterin **Gabi Leitenbauer** weiterhin stark vertreten bleiben.

Initiative – Kontrolle

Graz-Umgebung:

Gebührenerhöhungen, Verkehrsanbindung, Wohnkosten und Kinderbetreuung – die Herausforderungen an die Gemeinden im Bezirk Graz-Umgebung sind groß.



Die Gebühren sind ein großes Thema in **Gratwein-Straßengel**, wo die KPÖ mit Spitzenkandidat **Phillip Reiningger** um den Einzug in den Gemeinderat kämpft: „Bei uns gab es eine Teuerung der Wassergebühren um bis zu 50 Prozent, beim Müll sind wir bei bis zu 40 Prozent. Gutverdienern fällt das gar nicht auf, aber Menschen, denen es weniger gut geht, kämpfen bereits mit ihren monatlichen Zahlungen!“

Deshalb braucht es die KPÖ im Gemeinderat. Das Thema Wohnen gewinnt in Gratwein-Straßengel immer mehr an Bedeutung. Kommunaler Wohnbau ist rar, die Wohnkosten steigen hingegen stetig. Auf Platz zwei der Gemeinderatsliste kandidiert Florian Kontschnik. Der zweifache Vater ist als Hausmann tätig.



Liste 5



KPÖ

olle – Information



Eine soziale Stimme im Gemeinderat möchte KPÖ-Kandidatin **Maria Müller** in **Seiersberg-Pirka** sein. Seit vielen Jahren arbeitet Maria Müller ehrenamt-

lich für die Kinder- und Elternorganisation „Kinderland“. Vor allem für die Kinder will sie sich im Gemeinderat von Seiersberg-Pirka einsetzen.

Du kandidierst bei der Gemeinderatswahl als Spitzenkandidatin für die KPÖ. Warum engagieren du dich?

Maria Müller: Ich habe mich immer durchkämpfen müssen. Schon im Lebensmittelgeschäft meiner Eltern habe ich stets mitgearbeitet und dann allein zwei Kinder großgezogen, nachdem mein Mann früh gestorben ist.

Welche Themen willst Du in Seiersberg-Pirka ansprechen?

Müller: Das Thema Wohnen wird immer wichtiger. In Ballungszentren wie dem Großraum Graz muss eine wohnungspolitische Katastrophe vermieden werden. Schließlich braucht jeder und jede ein Dach über dem Kopf. Wir

treten für verbindliche Mietzinsobergrenzen und einen Tarif- und Gebührenstopp ein, um die Betriebskosten in Grenzen zu halten. *Die letzten Monate standen im Zeichen der Corona-Krise.*

Das Gesundheitssystem darf nicht kaputtgespart werden. Ich würde mir mehr Kassenfachärzte für Seiersberg-Pirka wünschen. Neben diesen vermeintlich großen Themen ist klar: für uns von der KPÖ ist kein Thema zu klein, beispielsweise, dass die Lärmschutzwände in der Gemeinde höher sein sollten, etwa bei der Unterführung in der Nähe vom Möbelx-Lager. Oder, dass es in Nebenstraßen in Seiersberg-Pirka mehr Mistkübel braucht.

FROHNLEITEN

Tommy Blengl aus **Frohnleiten** weist als KPÖ-Kandidat auf die prekäre Situation bei der Kinderbetreuung hin: „*Teilweise müssen Eltern mit ihren Kindern in andere Gemeinden ausweichen. Das Angebot kann den Bedarf nicht decken, hier besteht Handlungsbedarf!*“



VASOLDSBERG

In **Vasoldsberg** geht **Danijela Auer** als KPÖ-Spitzenkandidatin ins Rennen.



LIEBOCH

In **Lieboch** tritt **Gerald Gramm** für die KPÖ an. „Die Gemeinde ist jener Ort wo direkte Demokratie gelebt wird“, erklärt der Kandidat seinen Zugang. Besonders wichtig sind ihm die Themenbereiche Transparenz, leistbares Wohnen und kommunale Dienstleistungen.



Graz-Umgebung:

HAUSMANNSTÄTTEN



**HELFEN
STATT REDEN**

Elfriede Schuster KPÖ

Wir leben in einer schwierigen Zeit. Seit dem Beginn der Corona-Krise sind so viele Sicherheiten weggebrochen. Auf einmal haben wir alle große Sorgen. Ich will nicht in einer Welt leben, in der die Reichen immer reicher werden und in der die Mehrheit der Bevölkerung viele Nachteile hat und bewusst klein und dumm gehalten wird.

Das Beispiel Graz zeigt, dass die KPÖ gut für die Leute ist. Sehr viele positive Initiativen sind dort von der KPÖ ausgegangen. Überall wo die KPÖ vertreten ist, sorgt sie für Information durch ihre Ortszeitungen, sie sorgt für Kontrolle. Helfen statt reden: Das ist für uns kein Schlagwort, sondern gelebte Praxis.

Ihre

Elfriede Schuster, Kandidatin der KPÖ in Hausmannstätten

GÖSSENDORF



Josef Url, Kandidat der KPÖ in Gössendorf für die kommende Gemeinderatswahl, fordert die Verlängerung der Linie 74 von Dörfla nach Fernitz. An Sonn- und Feiertagen gibt es keinen Bus für alle Gössendorfer nach Graz. Die Linie 521 fährt Sonntag und an Feiertagen nicht. Am Samstag fährt der letzte Bus um 18.32 am Jakominiplatz ab. Von Montag bis Freitag fährt der letzte Bus nur bis 19.32 Uhr. Ein Bus ist keine Frage des Geldes, sondern eine Frage der Infrastruktur und des Fortschritts.



BEI DER GEMEINDERATSWAHL:

LISTE 5

KUMBERG



**HELFEN
STATT REDEN**

Daniela Nocnik Liste 5 – KPÖ

Daniela Nocnik, KPÖ Gemeinderatskandidatin in Kumberg:

Hand aufs Herz! Wird in unserer Gemeinde genug für die „kleinen Leute“ getan? Ich habe so meine Zweifel. Es gibt keinen Jugendtreff. Die Mobilität für ältere Menschen in unserer Gemeinde ist nur eingeschränkt. Die hohen Grundstückspreise sind für junge Familien kaum bezahlbar. Das sind nur ein paar Beispiele, dass bei uns einiges besser gemacht werden sollte. Deshalb habe ich mir ein Herz genommen und mich entschieden, bei der Gemeinderatswahl zu kandidieren. Ich freue mich darüber, dass mich Elke Kahr und die KPÖ dabei unterstützen.

Weststeiermark

In der **Weststeiermark** tritt die KPÖ bei den Gemeinderatswahlen folgenden Gemeinden an:

In **Deutschlandsberg** gelang 2015 der Einzug in den Gemeinderat, KPÖ Gemeinderat **Walter Weiss** will sein Mandat verteidigen. Ihm ist es ein Anliegen, dass bei Großprojekten wie dem geplanten Hallenbad die Bevölkerung eingebunden wird.

In der weststeirischen Gemeinde **Edelschrott** steht mit **Ulrich Sonnleitner** erstmals ein Vertreter der KPÖ auf dem Stimmzettel.

In **Köflach** gelang 2015 der Einzug in den Gemeinderat. Durch die Verkleinerung des Gemeinderats ist es eine besondere Herausforderung, das Mandat zu halten. Neuer Spitzenkandidat ist **Gerhard Pagger**.

Auch im weststeirischen **Ligist** ist die KPÖ neu am Stimmzettel. **Anita Hentsch** hofft auf den erstmaligen Einzug.

In **Rosental an der Kainach** steht mit **Daniela Bernstein** eine neue Kandidatin zur Wahl.

In **Voitsberg** verteidigt die KPÖ ein Mandat, neue Spitzenkandidatin ist **Sabine Wagner**, sie wird von einem tollen Team rund um Gemeinderätin **Hilde Tragler** unterstützt.

Oststeiermark: Feldbach, Sinabelkirchen, Straden



In **Feldbach** stellt sich **Markus Pendl** der Wahl und hofft, ein Mandat zu erreichen.



In **Sinabelkirchen** tritt erstmals der Diplomkrankenschwäger **Martin Reinbacher** an.



In **Straden**, wo die KPÖ bisher nicht vertreten war, stellt sich **Wolfgang Gollner** der Wahl.

**Sozial.
Gerecht.
Für Euch!**

- Für leistbares Wohnen.
- Für niedrigere Gebühren.
- Für Dich im Gemeinderat!

Helpen statt reden.

KÖFLACH

KPÖ

DEUTSCHLANDSBERG

Gemeinderat
Walter Weiss

KPÖ



**Hinschauen.
Zuhören.
Helfen!**

Im Gemeinderat braucht es dringend frischen Wind
und eine unbestechliche Stimme für soziale Gerechtigkeit.
Ich ersuche Sie deshalb um Ihre Stimme!

Gerhard Pagger – KPÖ

**KONSEQUENT.
KOMPETENT.
FÜR EUCH.**

HELFEN STATT REDEN **KPÖ**

KPÖ

VOITSBERG



Sabine Wagner

Hilde Tragler

Alexander Janecek

**UNSER TEAM
FÜR VOITSBERG**

ROSENTAL

KPÖ



**HELFEN
STATT REDEN!**

Daniela Bernsteiner – KPÖ

EDELSCHROTT

KPÖ



**EINE
SOZIALE STIMME
FÜR EDELSCHROTT.**

Ulrich Sonnleitner – KPÖ

LIGIST

KPÖ



**HELFEN
STATT REDEN!**

Anita Hentsch **KPÖ**



KPÖ

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

☒ StR. Ing. Renate Pacher – KPÖ

Bezirk Murtal

Im Bezirk Murtal tritt die KPÖ in folgenden Gemeinden an:

KNITTELFELD

In **Knittelfeld** ist die KPÖ mit Stadträtin **Renate Pacher** traditionell stark verankert. Wahlziel ist es, alle fünf Mandate zu halten.

FOHNSDORF

In **Fohnsdorf** konnte Elfi Wieser als konsequente Oppositionspolitikerin immer wieder Missstände aufzeigen und hofft auf ein neuerliches gutes Wahlergebnis in der Bergbaugemeinde.



KPÖ

KONSEQUENT. GLAUBWÜRDIG. ELFI WIESER.



Zeltweger
NACHRICHTEN **KPÖ**

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

☒ GR. Peter Lorberau – KPÖ

ZELTWEG

Zwei Mandate hält die KPÖ **Zeltweg**, wo sich Gemeinderat **Peter Lorberau** als Spitzenkandidat erneut der Wahl stellt.

JUDENBURG

In **Judenburg** hält die KPÖ zwei Mandate. Das Team rund um **Rene Windegger** möchte beide Mandate halten, obwohl der Gemeinderat verkleinert wurde. Die langjährige frühere Gemeinderätin **Christine Erschbaumer** tritt auf Listenplatz 2 an.



KPÖ

Sozial. Gerecht. Für Euch.

☒ Rene Windegger – KPÖ



Spielberger
Nachrichten
Gemeindezeitung der KPÖ **KPÖ**

Auf keinen Menschen vergessen!

Soziales darf nicht untergehen!

☒ GR. Ing. Erich Wilding – KPÖ

SPIELBERG

In **Spielberg**, wo die KPÖ mit zwei Mandaten im Gemeinderat vertreten ist, ist das erklärte Ziel von Gemeinderat **Erich Wilding**, beide Positionen zu halten.

KOBENZ



Georg Lehmayr, KPÖ-Spitzenkandidat in Kobenz bei Knittelfeld

Unterstützung bei Taxifahrten

Als Taxifahrer weiß ich: Viele, vor allem ältere, Menschen sind auf uns angewiesen um mobil zu bleiben. Durch eine Verordnung des Landes sind die Preise für Fahrten zum Teil erheblich gestiegen.

In Knittelfeld gibt es Taxigutscheine für Menschen mit geringem Einkommen bzw. körperlicher Einschränkung, diese wurden auf Initiative der KPÖ verbessert und angehoben. Ein solches Projekt möchte ich auch in Kobenz anregen, wenn ich in den Gemeinderat gewählt werde.

Das Vermögen der Milliardäre in Österreich

1.	Dietrich Mateschitz (Red Bull)	15,3 Mrd. Euro
2.	Johann Graf (Novomatic)	6 Mrd. Euro
3.	René Benko (Signa)	4,3 Mrd. Euro
4.	Georg Stumpf	4 Mrd. Euro
5.	Heidi Horten	2,8 Mrd. Euro
6.	Helmut Sohmen (Reeder)	1,8 Mrd. Euro
7.	Michael Tojner (Immobilien)	1,8 Mrd. Euro
8.	Wolfgang Leitner (Andritz)	1,1 Mrd. Euro
9.	Gaston Glock (Waffen)	1 Mrd. Euro

Quelle: Wirtschaftsmagazin Forbes

Nicht in der Liste angeführt, weil nicht als Einzelperson gewertet:

Familie Porsche/Piech	37 Mrd. Euro
Wlaschek-Erben (Billa/Bipa)	5,5 Mrd. Euro
Familie Swarovski	5,5 Mrd. Euro

Lärmhölle Murtal Lärmbelastungen nicht hinnehmen!

Seit längerer Zeit weist die SKPÖ drauf hin, dass eine massive Ausweitung des Flugbetriebs der Eurofighter und der damit verbundenen Lärmbelastung droht. Das hat das Bundesheer in der Einwendung gegen den Bau der Spielberger Kinderkrippe angekündigt.

Die Bevölkerung im Murtal leidet unter einer hohen Lärmbelastung. Eurofighter, ÖBB, Autobahn und wesentlich auch der Red-Bull-Ring sind bedeutende Lärmverursacher. Neben Lärm geht es auch ums Geld. Eine Eurofighter-Flugstunde kostet zwischen 70.000 und 80.000 Euro, eine Flugstunde erzeugt ca. 11.000 kg CO₂.

Lärm ist nicht nur eine Gefahr für die Gesundheit, durch die Ausweitung der Lärmzonen wird die Entwicklung unserer Region behindert. Auf immer mehr Flächen werden die Lärmgrenzwerte überschritten. Deshalb können einige Projekte gar nicht mehr umgesetzt werden.

Die KPÖ hat das Lärmproblem im Gemeinderat schon oft zum Thema gemacht. Sehr lange wurde das ignoriert. Nun haben sich einige Bürgermeister gegen eine Ausweitung des Fluglärms



KPÖ Gemeinderat Erich Wilding, Spielberg

ausgesprochen. Auf Initiative von KPÖ und SPÖ wurden in Knittelfeld, Zeltweg und Spielberg Resolutionen gegen die Lärmbelastung beschlossen. Das ist nicht nur den Gemeinderatswahl geschuldet. Sicherlich spielt auch der Druck aus der Bevölkerung eine Rolle.

So schlimm die Zeit während der Corona-Maßnahmen auch war, es gab einige positive Seiten. Keine Kondensstreifen am Himmel, bessere Luftwerte und eine wunderbare Ruhe. Es wurde uns erst bewusst wie laut es „normal“ in unserer Region ist. Nicht Lärm, sondern Ruhe sollte der „Normalzustand“ in unserer Region sein.

Vermögenssteuer für Corona-Kosten

Die KPÖ setzt sich für eine gerechte Verteilung der Corona-Kosten ein. Mit einer Vermögenssteuer würden die Kosten innerhalb von 4,5 Jahren abgedeckt sein – ganz ohne Kürzungen oder neuer Massensteuern.

Die letzten Monate waren mit dem Lockdown eine riesengroße Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Die endgültigen Folgen sind bei weitem noch nicht absehbar. Um weiteres großes Leid zu verhindern, ist eine gerechte

Verteilung der Corona-Kosten nötig. Wer einen Beitrag zur Bewältigung leisten soll, liegt für die KPÖ auf der Hand: „Wenn man bedenkt, dass das reichste Prozent in Österreich 41% des gesamten Vermögens besitzt und gleichzeitig 1,5 Millionen Österreicher schon vor Corona in Armut gelebt haben oder armutsbedroht waren, ist es nur schlüssig, wenn die Reichsten ihren Beitrag leisten würden“, sagt KPÖ-Sprecherin Claudia Klimt-Weithaler.



Für die Zukunft unserer Gemeinden

Tragöß-St. Katharein: Dieses Bild ist eine Fotomontage. An dieser Stelle im Ortsteil St. Katharein befindet sich derzeit nur eine G'stätt. KPÖ-Gemeinderatskandidatin **Hilde Huber** setzt sich dafür ein, dass hier eine Freizeitoase entsteht.



Foto: Bundesheer



Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Eurofighter-Lärmbelästigung wächst.

STEIRISCHE GEMEINDEN IN FINANZNOT

Die Corona-Krise braucht sozial

Das Leben in der Steiermark hat sich, wie auf der ganzen Welt, dramatisch geändert: Einschränkungen der persönlichen Freiheit, ein Niederfahren der Wirtschaft und ein Stillstand im gesellschaftlichen und kulturellen Leben, wie wir es uns vor der Corona-Krise nicht hätten vorstellen können. Viele sind betroffen, die längerfristigen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sind noch gar nicht abschätzbar. Wir haben die Knittelfelder KPÖ-Stadträtin Renate Pacher interviewt.

Die Corona-Krise hat einige europäische Länder härter getroffen als andere, warum?

In Italien oder Spanien wurden in den letzten Jahren radikale Kürzungen im Gesundheitssystem vorgenommen. Das geschah vor allem auf Druck der EU. In Österreich ist der Abbau im Gesundheitssystem zum Glück noch nicht so drastisch. Doch auch bei uns wurde vieles verschlechtert. Im Bezirk Murtal gab es 2009 noch 512 Spitalsbetten, die wurden auf aktuell 450 reduziert. Nach den Plänen der ÖVP-SPÖ Landesregierung soll die Bettenzahl bis 2025 auf 433 sinken. Die Zahl der Intensivbetten ist von 21 auf 18 gesunken, 2025 sollen es nur noch 17 sein.

Was sollte man aus dieser Krise lernen?

Die KPÖ fordert seit Jahren, den Kahlschlag im Gesundheitssystem zu stoppen. Das Gesundheitssystem braucht strategische Reserven, die auch auf einen Krisenfall ausgelegt sind. Das kann nur sichergestellt werden, wenn man ins Gesundheitssystem investiert, also Ausstattungsabbau. Ich hoffe die Pläne für Bettenreduzierungen und Spitalschließungen verschwinden für immer im Papierkorb, einen entsprechenden Antrag hat die KPÖ im Landtag eingebracht.

Wo braucht es noch Verbesserungen?

Die Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Pflegebereich müssen sich deutlich verbessern. Die Beschäftigten leisten einen

unglaublich wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Lobesworte und Beifallklatschen sind zu wenig. Das muss finanziell und mit guten Arbeitsbedingungen gewürdigt werden.

Welche Rolle spielt die EU?

63-mal hat die Europäische Kommission in den Jahren von 2011 bis 2018 den Mitgliedsstaaten der EU empfohlen, Teile des Gesundheitssektors zu privatisieren und die öffentlichen Ausgaben in Sachen Gesundheit zu reduzieren. Wie schon in der Finanzkrise zeigt sich auch in der Corona-Krise: Die EU ist keine Solidargemeinschaft. Ihr Zweck ist es die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Konzerne und Banken möglichst hohe Gewinne machen können. Während die EU auf Tauchstation war, schickten China oder Kuba medizinisches Personal und Material in besonders betroffene Gebiete.

Stichwort medizinische Produkte: Vieles ist derzeit auf dem Markt schwer oder teuer zu bekommen.

Auch hier zeigt sich der Wahnsinn des globalisierten Kapitalismus. Um die Gewinne zu maximieren haben Konzerne viele Produktionen nach Übersee verlagert. Besonders bei Medikamenten und medizinischen Produkten ist diese Abhängigkeit fahrlässig. In Zukunft muss dafür gesorgt werden, dass Produktion wieder regional stattfindet. Was regional



Renate Pacher, Knittelfelder KPÖ-Stadträtin, im Interview.

produziert werden kann, soll regional produziert werden. Insbesondere im Bereich der Grundversorgung müssen der Staat und auch die Gemeinden wieder an Einfluss gewinnen. Gerade in diesen Bereichen hat Gewinnstreben nichts verloren. Vielleicht wäre das auch eine Chance. Unsere Region könnte sich z.B. um die Produktion von medizinischen Gütern bewerben.

Viele Menschen sind von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, klein- und mittelständische Unternehmen bangen um ihre Existenz.

Schon vor der Krise war es für viele Menschen schwierig mit ihrem Einkommen auszukommen. Nun haben laut Umfragen 43 Prozent der Haushalte weniger Einkommen als vor der Corona-Krise. Es braucht eine Vielzahl

an Maßnahmen. In Österreich ist das Arbeitslosengeld extrem niedrig. Wir fordern eine deutliche Anhebung, so würde auch die Massenkauftkraft nicht so stark wegbrechen. Auch die Einrichtung von Härtefonds, aus denen Menschen in Notlagen geholfen wird, wäre wichtig.

Die Regierung hat Milliarden an Unterstützungsgeldern zugesagt?

Ja, aber es ist wichtig dass rasch geholfen wird und dass die Gelder auch dort ankommen wo sie wirklich gebraucht werden. Es darf nicht sein, dass Großbetriebe viele Millionen bekommen und Kleinunternehmen mit Kleinstbeträgen abgespeist werden. Bei Förderungen müsste auch die Ertragslage der vergangenen Jahre einbezogen werden. So gehört z.B. die AUA der privaten Lufthansa,

e Antworten

die im Jahr 2017 drei Milliarden Euro, 2018 2,8 und im Vorjahr 1,2 Milliarden Euro Gewinn gemacht hat. Wenn die öffentliche Hand höhere Fördungen vergibt muss sie dafür auch Firmenanteile bekommen.

Was können die Gemeinden derzeit tun?

Wir haben in den Gemeinden einige Forderungen und Anfragen eingebracht. Einige davon, wie ein Entgegenkommen bei Zahlungsschwierigkeiten oder das Aussetzen von Kindergarten- und Musikschulgebühren, wurden auch von den anderen Parteien unterstützt. Auch die Einrichtung von Härtefonds in den Gemeinden ist wichtig. Das haben wir in Knittelfeld angeregt.

Die Einrichtung von Krisenwohnungen für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen ist uns schon lange ein Anliegen. So etwas gibt es in der ganzen westlichen Obersteiermark nicht. Nun wird in Knittelfeld eine Schutzwohnung eingerichtet: Ein Erfolg unserer Hartnäckigkeit.

Gibt es Profiteure der Krise?

Natürlich, z.B. Internetgiganten wie Amazon, die kaum Steuern bezahlen, die Hersteller medizinischer Schutzausrüstungen oder Spekulanten, die auf fallende Kurse wetten. Ein Teil der vielen Rettungsmilliarden wird am Kapitalmarkt aufgenommen werden, das bringt einiges an Zinsgewinnen. Es ist zu befürchten, dass viele Klein- und Mittelbetriebe die Krise nicht überleben. Wer übrig bleibt hat weniger Konkurrenz und dann noch mehr Marktmacht und Gewinn. Ich befürchte auch, dass die Krise als Vorwand genommen wird, um Arbeitsrechte oder Beschränkungen auszuheben. Die Handelskonzerne fordern z.B. schon jetzt die Sonntagsöffnung.

Nach dieser Krise wird sich die Frage stellen wer für die Folgen bezahlt.

Die Kosten der Krise sollten vor allem jene zahlen, die viel Geld haben. Eine Reichensteuer und eine Erbschaftssteuer ist das Gebot der Stunde. Jene Konzerne, Banken und Spekulanten, die an der Krise sogar verdienen, müssen einen besonders hohen Beitrag zahlen.

Was würdest du dir wünschen?

Natürlich dass möglichst viele gesund bleiben und die Kosten der Krise nicht auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden. Aber auch dass der globalisierte und ausbeuterische Kapitalismus in Frage gestellt wird, die gigantischen Rüstungsausgaben hinterfragt werden, Umwelt- und Klimaschutz mehr Gewicht erhalten und die Solidarität mit den Menschen im eigenen und in fremden Ländern zunimmt. Dann wäre diese Krise auch eine Chance.

Zum Abschluss: Wie hast du die letzten Wochen verbracht?

Das Leben ist ruhiger geworden, aber ich habe das Gefühl es ist die „Ruhe vor dem Sturm“. In den ersten Wochen habe ich Einkäufe für Menschen, die zur Risikogruppe gehören erledigt.



Tierschutz- und das Klimavolksbegehren



Von 22. bis 29. Juni findet die Eintragungswoche für das Tierschutz- und das Klimavolksbegehren statt, in der die Ämter länger offen haben und auch am Samstag und Sonntag unterschrieben werden kann.

Lange Wartezeiten bei Fachärzten

Leider hört man in letzter Zeit immer wieder Klagen von Patienten, die dringend einen Facharzttermin benötigen, weil sie lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen. Es wird ständig gepredigt, wir sollen uns gesund ernähren und Sport betreiben, um unseren Körper gesund zu erhalten. Was viele auch gerne tun. Nur wenn plötzlich eine Krankheit auftritt und der Hausarzt eine Überweisung an den Facharzt ausstellt, fängt das Problem an. Wie sollen wir gesund bleiben wenn eine Wartezeit von zwei Monaten anfällt? Das ist für Akutpatienten nicht tragbar. Der Regionale Strukturplan Gesundheit muss überarbeitet werden. Man darf die Patienten nicht warten lassen.



Wegen der Pandemie kam die alltägliche Gesundheitsversorgung zu kurz.

Mit dieser Erfahrung kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die allgemeine Gesundheitsversorgung darf nicht heruntergefahren werden!

In der Krise zeigt sich erst, wie notwendig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem für uns alle ist.

FOHNSDORF

Einladung zur Diskussion

Unser krankes Gesundheitssystem

mit **Martin Schriebl-Rümmele**, Gesundheitsjournalist
und **KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler**

Fr. 19.6.2020, Beginn: 18.00 Uhr

Resti Fohnsdorf, Josefiplatz 3

Lebensmittel: Mehr als eine Ware

„Hundefutter mit Blattgold verkleidet“: So nennt der Autor dieses Beitrags das, was oft auf unseren Tellern landet. Gedanken zum Thema Lebensmittel.*

Lebensmittel sind mehr als nur eine austauschbare Ware. Zu essen ist ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Nahrungsmittel sind zu kostbar, um sie dem „freien Markt“ zu überlassen. Liberale Marktstrukturen nach dem Laissez-faire-Prinzip sollten in dieser Branche nichts zu suchen haben. In den letzten Jahren haben sich verschiedene Arten und Trends der Ernährung fest etabliert: vegan, vegetarisch, bio, regional, fairtrade, discount, gourmet, exquisit, fitness, aber auch Junk Food sind den meisten Menschen ein Begriff.

Billig produzieren, teuer verkaufen

Fast jeder hat irgendwelche Vorlieben und für viele ist es Teil des Lebensstils. Das zeigt, wie stark das Bedürfnis nach guten

und nachhaltigen Lebensmitteln ist. Die Devise lautet aber: So billig wie möglich produzieren, so teuer wie möglich verkaufen.

Österreich war in der Produktion und Verarbeitung von Lebensmitteln schon viel fortschrittlicher als heute. Mein Wunsch wäre es, den Verlust an Qualität, Nachhaltigkeit und Genuss, vor allem aber das Bewusstsein dafür wieder erstarken zu lassen. Denn Missstände gibt es viele.

Wurstware wird oft weit unter 20 Euro/Kilo angeboten. Wie ist das möglich? Hier kommt das „Separatorenfleisch“ ins Spiel. Das ist im Labor nicht nachweisbar und unterscheidet sich kaum vom hochwertigen Brat. Kürzlich sorgte ein steirisches Unternehmen für negative Schlagzeilen, weil umgangssprachlich so genanntes „Gammelfleisch“ verkauft wurde. Oft wird es trotzdem noch verarbeitet. Ich habe es schon als „hochwertigen Kaarespeck“ angepriesen gesehen.

Etikettenschwindel

Auch mit der Kennzeichnung, dass Lebensmittel „aus Öster-

reich“ stammen, wird bei Fleisch, Wurst und Eiern ein Verwirrspiel getrieben. Ein Unternehmen aus einem EU-Staat muss lediglich in Österreich eine Niederlassung anmelden und kann die Herkunft seiner Ware so verschleiern. Von Geburt, Aufzucht, Mästung, Schlachtung, Verarbeitung muss nur ein Teil in Österreich erfolgen, dann darf die Kennzeichnung „AT“ verwendet werden.

Fleisch braucht seine Reifezeit auf dem Weg zur besten Qualität, Käse noch viel länger. Lebensmittel landen oft im Müll, obwohl der Höhepunkt ihrer besten Genussfähigkeit noch nicht erreicht gewesen wäre.

Fett ist böse? So verallgemeinert ist es schlicht eine Fehlinformation. Fette dienen im menschlichen Organismus schließlich als Taxi für Vitamine, Nährstoffe, Ballaststoffe. Das Wegfallen wichtiger Fette kann im schlimmsten Fall eine Unterversorgung provozieren.

Qualität wurde verdrängt

Natürlich gibt es durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte eine breitere und größere Auswahl. Aber zu welchem Preis? Wozu hat es geführt, Lebensmittel zu standardisieren, klassifizieren und dem Markt unterzuordnen? Schleichend hat die Quantität die Qualität aus den Regalen verdrängt.

Der liebevoll angebaute Paradeiser ist aus den heimischen Gärten verschwunden. Bäcker, Fleischer, Kleinbetriebe verschwinden. Echtes Brot gilt fast als ausgestorben, denn fast jede Bäckerei lässt sich Mehl mit Zusatzstoffen liefern, unabhängig ob Bio oder nicht.

Es wäre wichtig, geordnete Strukturen einzuführen. Wir sollten uns für Lebensmittel einsetzen, von denen wir langfristig nicht krank werden und die weder die Umwelt, noch die Menschen, die an der Produktion beteiligt sind, krank machen.

Wir brauchen eine Umstrukturierung der Förderungen für

bäuerliche Betriebe, die auf Erntehelfer Rücksicht nimmt. Diese haben ein Recht auf Kollektivverträge. Dass Gemüse aus der EU im Supermarkt oft extrem billig verkauft wird, liegt an der systematischen Ausbeutung von Arbeitskräften.

Was ist nötig?

Es braucht mehr Aufklärung über den richtigen Umgang mit Lebensmitteln.

Die Förderung und Erhaltung aussterbenden heimischen Saatgutes ist eine wichtige Aufgabe im Sinne der Artenvielfalt, um in Zukunft nicht von großen Konzernen abhängig zu sein, die die Patente auf Saatgut besitzen.

Für Kleinbauern und kleine Betriebe sollte es die Möglichkeit geben, Ab-Hof-Vermarktung ohne hohe Investitionskosten durchzuführen.

Mehr Sensibilität für gesunde Lebensmittel kann auch zu einem gesünderen Lebensstil beitragen und das Gesundheitssystem entlasten.

Ein öffentlicher Betrieb in der Sparte des Großhandels für Lebensmittel mit Schwerpunkt Vermarktung, Vertrieb, Export und Qualitätskontrolle mit eigenem staatlichen Qualitätssiegel könnte erster Ansprechpartner für österreichische Betriebe sein, die ihre Lebensmittel global anbieten möchten.

International sollte sich Österreich dafür einsetzen, die gerechte Verteilung von Lebensmitteln neu zu ordnen und nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, nicht der Konzerne, zu organisieren. In diesem Zusammenhang ist ein globales Privatisierungsverbot für Wasser wichtig. Auch die Fischerei in internationalen Gewässern bedarf einer Neuordnung.

* Der Autor ist der Redaktion namentlich bekannt. Er ist in einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgewachsen und hat noch gelernt, die Grundbedürfnisse selbst zu decken. Alles wurde selbst angebaut und hergestellt. Er hat in einem der Zentren des österreichischen Tourismus den Beruf des Kochs erlernt.



10.000 Menschen auf Grazer #BlackLivesMatter-Demo!

Ein starkes Zeichen gegen Rassismus und Polizeigewalt haben mehr als 10.000 Menschen in Graz gesetzt.

Laut und bunt zog der Demonstrationzug quer durch die Grazer Innenstadt bis zum Freiheitsplatz. Bei der Schlusskundgebung ergriffen dutzende Leute das Wort und berichteten, dass Rassismus und Polizeirepression nicht nur in den fernen USA existieren, wo diese Protestwelle ihren Anfang nahm, sondern auch hier und heute.

„Gerechnet haben wir mit 1.000 Teilnehmern – unglaubliche 10.000 Menschen sind gekommen. Gemeinsam haben wir uns mit den Opfern von Rassismus solidarisiert“, bilanziert Simon Gostentschnigg von der Kommunistischen Jugend Steiermark.

Parmida Dianat vom Kommunistischen StudentInnenverband Graz: „Rassismus ist im kapitalistischen System, in dem wir heute leben, fest verankert. Dass wir beides überwinden müssen und wollen, haben bei dieser Demonstration viele tausend Menschen unmissverständlich klargemacht.“



Was uns auf- und einfällt...

...dass die KPÖ den **1. Mai** genutzt hat, um auf die fehlende Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft hinzuweisen. Es sind nicht die Manager, Berater und Investoren, die dafür sorgen, dass das tägliche Zusammenleben funktioniert.



...dass die **Gier der Anleger und Spitzenmanager** kein Ende findet. Nicht einmal in dieser Krise wollen sie auf ihre Bonuszahlungen und Dividenden verzichten.



...dass der **Schulstart nach der Schulsperre** viele Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern vor fast unlösbare Probleme stellt. Die KPÖ fordert eine einheitliche Regelung.



...dass es nach den **Erfahrungen in der Corona-Krise** höchste Zeit für den Ausstieg aus der gewinnorientierten Pflege ist.

Ferien mit Kinderland

Kinderland
steiermark
FERIENLAND
2020



Wir wollen weiterhin unsere Kinderferienaktionen im Sommer durchführen. Anmeldungen sind weiterhin möglich!

Wir werden alles tun, um die Rahmenbedingungen für unbeschwerte Ferien zu schaffen. Sollte uns dies bis nächste Woche nicht gelingen, sehen wir uns gezwungen die Ferienaktion abzusagen, da wir nicht glauben, dass die von der Bundesregierung vorgeschriebenen Bedingungen einen beschwerten Ferienaufenthalt ermöglichen. Für eine ausführliche Beratung und generell nähere Informationen stehen wir euch gerne zur Verfügung.

Wir bitten Sie, sich auf unserer Homepage am Laufenden zu halten.

BERATUNG IM KINDERLAND-FERIENBÜRO
Graz, Mehlplatz 2/2. Stock, Tel. 0316/82 90 70.
Mo – Fr von 9 – 14 Uhr,
E-Mail: office@kinderland-steiermark.at
www.kinderland-steiermark.at

Wo Ferien noch Ferien sind

Schöne Ferienwohnungen Nähe **Bad Radkersburg** zu vermieten. **Natur pur.** 10.000 Bücher, Radlerparadies. Viel Ruhe. Zwei Thermalbäder in der Nähe.



3 Komfort-Ferienwohnungen

(93 bzw. 63 qm) für 2 bis 5 Personen, nicht teuer. Christel und Dietrich Kittner-Stiftung

<https://hollerhof.at> • Tel. 034 76/20 525.

ZVP Zentralverband der Pensionisten

SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Do. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz. E-Mail: zentralverband@kpoe-steiermark.at

☎ **0316/ 71 24 80** Voranmeldung erbeten.

Rat und Hilfe

- für ältere Menschen bei Anträgen um Pflegegeld, Pension.
- Ausfüllen von Formularen.
- Erklärung zur Arbeitnehmerveranlagung (=Jahresausgleich).
- Geselligkeit. Ausflüge, Reisen, Turnen.

Reisen und Ausflüge mit dem ZVP bei Ihrer Ortsgruppe

Picknick am Mittelpunkt der Steiermark

Blick aufs Murtal, mit Freunden und Musik

Adresse: 8713 St.Stefan ob Leoben, Zmöllach 6 (Google) - Cordula Scherngell - Eberlhof

Von der Ruine sind es ca. 4 km auf einer öffentlichen Bergstraße zum Hof.

Es ist ein Anliegen, hier einen Gemeinwohl-Platz für alle zu schaffen – die einen Blick ins Murtal werfen wollen und die Zeit nun nützen möchten, einen schönen Ausflugsplatz zu besuchen, ohne Kosten. Eine Alm am Mittelpunkt der Steiermark. Für jeden von uns zur Nutzung rund ums alte Bauernhaus.

Sitzgelegenheiten vorhanden, Essen bitte selbst mitbringen.

Anreise: zu Fuß, per Bike, mit dem Pferd oder mit dem Auto (am Grundeingang abstellen) Abfälle bitte selbst wieder mitnehmen.

Der Eberl Hof ist südsüdseitig gelegen. Wenn jemand vor Ort ist, kann auch die Toilette im Haus genutzt werden oder frisches Bergquellwasser vom Brunnen erhalten werden.

Schon getestet?

Die linke überregionale Tageszeitung.



Kauf in der Trafik.

Mo – Fr 2,00 € Sa 2,40 € Alle belieferten Verkaufsstellen unter jungewelt.de/kiosk

UMFRAGE:

Zuviele Spitalsbetten in Österreich?

Die ÖVP will an ihren Abbauplänen im Gesundheitssystem festhalten, auch der Abbau von Spitalsbetten soll fortgesetzt werden. KPÖ-Landtagsabgeordnete

Claudia Klimt-Weithaler kritisiert dieses blinde Festhalten an gesundheitspolitischen Konzepten aus der Vergangenheit. Um Kapazitäten für Corona-Fälle freizuhalten wurde

die gesamte medizinische Versorgung auf ein Minimum reduziert. Selbst lebenswichtige Behandlungen wurden verschoben. Sagen Sie uns Ihre Meinung!



Sagen Sie uns Ihre Meinung! Unter den Einsendungen verlosen wir kleine Buch- und Sachpreise

Auch ohne Corona-Krise gibt es in den Krankenhäusern lange Wartezeiten auf Operationen. Gibt es in Österreich wirklich zu viele Spitalsbetten, wie die meisten Parteien meinen?

- NEIN**, die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, das es eine Krisenreserve nötig ist.
- JA**, die Kosten sind einfach zu hoch. Viele könnten auch in private Kliniken ausweichen.

Gedanken und Anregungen:

Informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich zur Politik der steirischen KPÖ – Zusendung Volksstimme und Landtags-Infoblatt.

Name:

Adresse, E-Mail:



Bitte frankieren,
wenn Marke zur Hand

An die
**STEIRISCHE
Volksstimme**

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrngasse 16
8010 Graz

E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrngasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

RAT UND HILFE IN MIET- WOHNUNGSFRAGEN

Mieterschutzverband
Steiermark

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

Sprechstunden – Bitte

um telefonische Voranmeldung!

www.mieterschutzverband.at





Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten... Die Tierheime des Landestierschutzvereins.

Murtal, Murweg 3, 8723 Kobenz,
Tel. 03512 / 49575
Graz, Grabenstraße 113, Tel. 0316 / 68 42 12

www.landestierschutzverein.at

LEROY: Ich bin ein 2012 geborener Staffmischling, sehr lieb zu den Menschen und hoffe nun endlich ein Zuhause zu finden wo man mich liebevoll aufnimmt und ich zeigen kann, was für ein toller Kerl ich bin. Andere Hunde mag ich weniger. Leider hat sich scheinbar noch niemals jemand mit mir beschäftigt, ich bin dankbar für jede Minute, die mir geschenkt wird.



NEA: Ich bin eine süße Schäfer-Mischlingsdame und im Tierheim gelandet, da ich eifersüchtig auf den Familienzuwachs war. Geboren bin ich Mai 2014 und verträglich mit anderen Hunden je nach Sympathie. Laut meinen Pflegern bin ich eine ausgesprochen liebe Hündin, die Sehnsucht nach einer neuen Familie hat.



JACK & ALEX: Wir sind ein Husky-Geschwisterpaar und haben unser Zuhause verloren, weil wir zu aktiv sind und unseren Besitzern zuviel geworden sind. Geboren sind wir im November 2015, waren immer zusammen und möchten es auch bleiben! Da wir wahnsinnig gerne arbeiten wäre jemand, der mit uns Zughundesport betreibt, ideal! Alle Eigenschaften eines typischen Huskys sind in uns vereint. Das heißt, wir werden nur an jemanden vergeben, der mit uns umgehen kann und uns entsprechend beschäftigt. Bisher haben wir überwiegend im Freien gelebt. Nachdem wir uns sehr gut mit anderen Hunden verstehen, würden wir uns vermutlich auch in ein kleines Rudel integrieren. Wer also Verstärkung sucht oder sich sportlich betätigen möchte, ist bei uns richtig! Nach der Arbeit genießen wir dann gerne Kuschelstunden – kinderlieb sind wir auch!



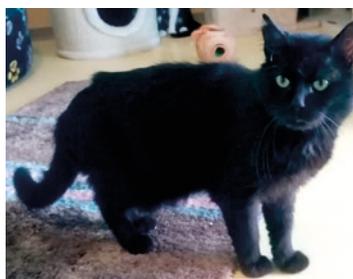
MIKY: Ich bin ein entzückender, kleiner Yorki-Mix und im Tierheim gelandet, weil mein Besitzer mich aus persönlichen Gründen nicht mehr

behalten konnte. Geboren bin ich im September 2017 und kastriert: So hoffe ich auf eine nette Familie, die mich liebevoll aufnimmt und mir alles beibringt, was ich für ein harmonisches Leben brauche. Bei anderen Hunden entscheidet die Sympathie. Katzen kenne ich.

GINA: Ich bin eine aufgeweckte, liebenswerte und lebensfrohe Mischlingshündin (mittelgroß). Geboren bin ich im Mai 2019 und habe mein Zuhause verloren, da meine Besitzer mit mir überfordert waren. Mit anderen Hunden bin ich verträglich, Kinder kenne ich und Katzen liebe ich. Nun hoffe ich auf eine nette, aktive Familie die mich liebevoll aufnimmt und mich erzieht!



SHADOW: Ich bin im August 2018 geboren – ein Schäfermischling und habe mein Zuhause verloren, weil meine Besitzer überfordert mit mir waren. Ich habe ein sehr nettes, freundliches Wesen, bin mit Katzen und Kinder vertraut und mit anderen Hunden bin ich verträglich. Geleert habe ich bisher noch nicht viel, aber mit ein bisschen Hundeverständnis ist das sicher kein Problem – ich bin ein treuer Wegbegleiter!

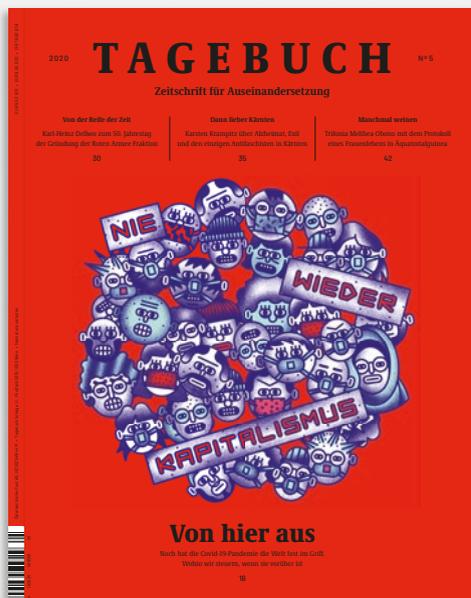


GINO: Ich kam als Findling ins Tierheim, leider hat mich niemand vermisst obwohl ich zutraulich bin. Mein geschätztes Alter ist ca. 9 Jahre. Nachdem ich jetzt kastriert, geimpft und gechipt bin, steht einem Leben bei liebevollen Menschen, wo ich auch ins Freie kann, nichts mehr im Wege.

Chloe: Ich bin ein wunderschönes Katzenmädchen namens Chloe. Anfang 2019 wurde ich geboren und kam als Findling ins Tierheim. Leider hat mich niemand vermisst. Nun suche ich ein Zuhause, in dem ich mich wohl fühlen darf und meine anfängliche Schüchternheit überwinden kann. (Foto rechts)



LINKS &
UNABHÄNGIG



WWW.TAGEBUCH.AT/ABO
ABO@TAGEBUCH.AT

Jetzt um € 69,-/Jahr

Mit dem Gutscheincode B5TAFQH5 erhalten Sie zusätzlich zu zehn Heften der Zeitschrift für Auseinandersetzung auch das Buch *Richtige Literatur im Falschen? Schriftsteller – Kapitalismus – Kritik* von Ingar Solty und Enno Stahl (Hrsg.).*

* SOLANGE DER VORRAT REICHT.
AKTION GÜLTIG BIS 30. JUNI 2020.



KPO

Sozial. Gerecht. Für Euch!

www.kpoe-steiermark.at



kpsteiermark



Für leistbares Wohnen.



Für niedrigere Gebühren.



Für Dich im Gemeinderat!

Helfen statt reden.



KPO